

Die Beratungen über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien.

In der zweiten Hälfte dieses Monats gelangt im Gemeinderate der Hauptvoranschlag zur Beratung, nachdem schon früher der Magistrat und der Stadtrat sich mit dieser wichtigen Angelegenheit beschäftigt haben werden. Mehr als in früheren Jahren wird heuer diese Budgetberatung das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen, und auch die neue Gemeindevertretung steht vor schwereren Aufgaben, als sie ihre Vorgänger erfüllen mußten. Die Finanzlage Wiens erfordert einschneidende Maßnahmen, denn niemals noch war das Gleichgewicht der Bilanz des städtischen Haushaltes so erschüttert wie gegenwärtig. Das Defizit wird immer größer, es schwilt von einer Gemeinderatssitzung zur andern an, und den hohen Erfordernissen stehen verminderte Einnahmsquellen gegenüber. Noch vor wenigen Wochen wurde das Defizit im Voranschlage mit 230 Millionen Kronen beziffert, kurze Zeit hierauf stieg es auf 350 Millionen, und nun verlautet, daß es die Summe von 400 Millionen Kronen erreicht hat. Der Ausfall im städtischen Haushalte ist durch die hohen Ausgaben aus Anlaß der Kriegseignisse verursacht, dann durch die großen Beträge, die für Teuerungszulagen, Gehalts- und Lohregulierungen für die städtischen Angestellten sich als notwendig erwiesen. Hinsichtlich der Ansprüche der Angestellten und Bediensteten ist die Rechnung noch durchaus nicht als abgeschlossen zu betrachten, und die Erfordernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Wiens, das unter dem Kriege und während der Zeit des Waffenstillstandes mehr als jede andre Hauptstadt Europas gelitten hat, sind noch gar nicht in die Berechnung einbezogen.

Zur Deckung des Abganges muß auf Mittel gesonnen werden, durch die der Kredit der Stadt nicht leidet, die aber die Gewähr bieten, daß eine Gesundung der Finanzlage in absehbarer Zeit wieder herbeigeführt wird. Den Anfang für die Sorge der Bedeckung hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung gemacht, als er die zehnprozentige Luxussteuer für Theater, Konzerte, Lichtspielbühnen und Tanzunterhaltungen beschloß. Das Erträgnis wird selbst vom Stadtrate nicht höher als auf 5 Millionen Kronen veranschlagt, ein Betrag, der in Anbetracht des Gesamtdefizits jedenfalls nicht besonders in die Wagschale fällt. Es ist interessant und verdient besondere Erwähnung, daß aus der Mitte der Bevölkerung eine Reihe von Steuerprojekten der Gemeindeverwaltung im schriftlichen Wege übermittelt wurden, deren Durchführung teils unmöglich, teils sehr unergiebig wäre. Die bekannten Probleme einer Klaviersteuer, einer Steuer für Grammophone und für Musikinstrumente anderer Art sind eingetauscht, ebenso der Plan, die Steuer für Luxusgüter zu erhöhen.

Von Wichtigkeit sind die Vorschläge, die der Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter den Vertretern der Gemeinde Wien zur Besserung der Finanzlage vorgeschlagen hat und von welchen bereits ein Teil in ernstliche Erwägung gezogen wird, so die von uns bereits mitgeteilte Erhöhung der Zuschläge zur Totalisateurststeuer und die Einführung einer städtischen Automobilsteuer. Allein auch hier ist an namhafte Einnahmen kaum zu denken, während die Ueberweisung aus den Erträgnissen der Verzehrungssteuer unter andern Lebensverhältnissen, als sie gegenwärtig und für die nächste Zeit bestehen, sicherlich eine dauernde Erhöhung der städtischen Einnahmen bedeuten könnten. Durch die Verarmung der Bevölkerung ist jedoch diese Einnahmspost wesentlich gesunken, denn die Kaufkraft hat in einer Weise nachgelassen, die alle trübten Erwartungen übertrifft. Besser gestaltet sich die Situation für die Gemeinde, falls ihr die Erträgnisse aus der Hauszinssteuer vom Staatsamte für Finanzen zugewiesen würden. Man kann in diesem Falle mit Sicherheit die jährliche Einnahme auf mindestens 60 Millionen Kronen beziffern, und damit wird eine teilweise Deckung des Defizits erreicht. Ferner muß die Stadt Wien den Rückersatz ihrer Nettoauslagen während der Zeit des Krieges verlangen, worunter sich die Ausgaben für Militärbequartierung, für sanitäre Vorkehrungen, für Beschaffung von Lebensmitteln, für Flüchtlingsfürsorge, für die Errichtung und Erhaltung der Brot- und Mehlkommissionen befinden und die die Summe von 50 Millionen überschritten haben. Eine durchgreifende Hilfe, die nicht nur dem Augenblicke genügt, sondern auch Vorsorge für die Zukunft trifft, würde die Erhöhung der Zinsbiller, also eine Erhöhung der Gemeindevoranschläge, bringen, doch hat man es hier mit einer Angelegenheit zu tun, die Gefahren in sich schließt, denn die Erhöhung der Hauszinssteuer würde unbedingt eine Erhöhung der Mietzinse zur Folge haben, also eine neuerliche Verteuerung der Lebensverhältnisse der Bewohner Wiens bedeuten. Dies so lange als möglich abzuwehren, ist die Aufgabe der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung, die, wie schon in den letzten Gemeinderatssitzungen angekündigt, vermutlich die Aufnahme von Anlehen zur Deckung der Mehrauslagen vorschlagen dürfte. Allerdings werden die Bedingungen, die der Stadt Wien in diesem Falle gestellt werden, sich wesentlich anders gestalten als in früheren Zeiten, in denen noch ein geordneter Haushalt der Gemeinde geschaffen werden konnte.